

Informationsdienst des CGB

INTERN

Ausgabe November/Dezember 2016

Der Bundesvorsitzende hat das Wort

Ein schwieriges Jahr neigt sich dem Ende

Im kommenden Jahr der Bundestagswahl haben sich die Vorzeichen geändert. Nicht nur der sparsame und effiziente Umgang mit Steuergeldern, auch Investitionen und soziale Projekte müssen wieder in den Focus gerückt werden. Ein wirtschaftlich florierendes Land wie die Bundesrepublik kann es sich nicht leisten, für drängende soziale Fragen keine Lösung zu haben und der sich abzeichnenden Altersarmut nicht entgegenzuwirken.

Auch in dem zu Ende gehenden Jahr haben sich die Ereignisse wieder überschlagen. Die Aktualität der Schlagzeilen wurde auch in 2016 immer geringer und was gestern noch eine „Sensation“ war, war heute schon vergessen. Das Sensationsthema „BREXIT“ ist in den Schatten gerückt, die Freihandelsabkommen wurden von der USA-Wahl verdrängt, von Abhöraffären wird ebenso selten berichtet. Auch das für Gewerkschaften wichtige Thema Tarifeinheitsgesetz mit den anhängigen Verfassungsbeschwerden scheint medial sanft entschlafen zu sein, obwohl gerade aktuell wieder massiv bei der Lufthansa gestreikt wird.

Auch die Empörung über den Umgang mit der Opposition in der Türkei scheint zu schwinden angesichts der befürchteten weltweiten Folgen des Politikwechsels in den USA. Lediglich die Flüchtlings- und Einwanderungsproblematik ist ständiges mediales Thema und wird von Befürwortern und Gegnern gleichermaßen instrumentalisiert. Eine sachliche gesellschaftspolitische Diskussion darüber, wie wir in Deutschland mit unseren neuen Mitbürgern umgehen, scheint unmöglich geworden zu sein.

Nur eins ist offensichtlich, mit der Parole „Wir schaffen das!“ allein, werden wir dieses Problem und auch keines der anderen lösen können. Es wird Zeit, dass wir alle, Politik und Gesellschaft sich auf ein „So machen wir das!“ verständigen. Nur klare Vorstellungen, wie eine Lösung für die kritischen Fragen unserer Zeit aussehen muss, wird auch den Populisten den Nährboden für ihre Bauernfängerei entziehen.

In diesem Sinne wünsche ich Ihnen und Ihren Lieben eine schöne Adventszeit, ein fröhliches Weihnachtsfest und ein gutes Jahr 2017!

Matthäus Strebl, MdB
CGB-Bundesvorsitzender



Matthäus Strebl

Matthäus Strebl, MdB
Bundesvorsitzender



Aktuelles Thema

Aus den Gewerkschaften



Sozialwahl 2017: Erfolgreiche Einreichung der CGB Vorschlagsliste bei der Deutschen Rentenversicherung Bund

Es ist vollbracht:

Pünktlich zum Abgabetermin sind die CGB Vorschlagslisten nebst mehreren prall gefüllten Ordnern mit Unterschriftenlisten und allen Anlagen beim Wahlvorstand der Deutschen Rentenversicherung Bund (DRV Bund) eingereicht worden.



Dank der aktiven Unterstützung unserer Kolleginnen und Kollegen in den Landes- und Bezirksverbänden bis hinein in die Betriebsgruppen haben wir das erforderliche Quorum Unterschriften insgesamt weit überschritten. Damit waren wir, nach Auskunft des Wahlvorstandes der DRV Bund, die zweite Liste, die die Hürde der Unterschriftensammlung erfolgreich genommen hat.

Dafür ein ganz herzliches Dankeschön an alle fleißigen Sammlerinnen und Sammler, die uns in den vergangenen Wochen und Monaten so tatkräftig unterstützt haben!

Die GÖD hat für die Sozialwahlen bei der Unfallversicherung Bund und Bahn sowie bei den Unfallversicherungen Baden-Württemberg und dem Saarland eigene Listen zur Wahl der Vertreterversammlung eingereicht. Die Listen sind derzeit noch im Prüfverfahren. Wir haben dann noch etwas Zeit, um eventuelle Mängel zu beseitigen. In der nächsten Ausgabe berichten wir über das Ergebnis zur Zulassung unserer Listen.

Für die Wahlen am 31. Mai 2017 hoffen wir ebenfalls auf die Unterstützung unserer Listen, indem ihr möglichst viele Kolleginnen und Kollegen für die Wahl begeistert und auch selbst aktiv teilnehmt. Rechtzeitig vor dem Wahltermin werden vom CGB und seinen Mitgliedsgewerkschaften Informationen und Werbeflyer verteilt. Außerdem können Informationen zur Sozialwahl auch im Internet unter der Adresse <http://cgb.info/aktuell/sozialwahlen-2017.html> abgerufen werden.

INFO CGB im November 2016

* * * *

Rege Beteiligung beim DHV Arbeitnehmerfrühstück in Magdeburg unter dem Motto "Wie werden wir gerettet?"



Unter dem Titel „Wie werden wir gerettet?“ veranstaltete der Landesverband Mitteldeutschland am 24. November 2016 in Magdeburg ein Arbeitnehmerfrühstück.

Im Rahmen der Veranstaltung kamen Spitzenvertreter von Politik, Krankenkassen und dem Deutschen Roten Kreuz mit Beschäftigten aus dem Bereich Rettungsdienst und Interessierten Bürgerinnen und Bürgern zusammen. Die politische Vertretung übernahm Herr Krull von der CDU Landtagsfraktion Sachsen-Anhalt, Herr Hennicke vertrat als Leiter der TK Landesvertretung die Krankenkassen und Herr Waldner vom DRK Landesverband Thüringen repräsentierte die Position des Wohlfahrtssektors.



Während des intensiven Gesprächs wurden zahlreiche Aspekte rund um die Konzeptionierung, Finanzierung und Umsetzung der aktuellen und zukünftigen rettungsdienstlichen Leistungen diskutiert. Am Ende des Vormittags waren sich alle Beteiligten darüber einig, dass qualitativ hochwertige und schnelle Rettungsdienstleistungen notwendig sind, um Leben zu retten und eine gute und schnelle Weiterbehandlung zu gewährleisten. Diese hohe Qualität im Rettungsdienst ist nicht umsonst zu haben! Um sie zu gewährleisten ist es notwendig, die Wahrnehmung und den Stellenwert dieses Bereiches zu steigern. Die DHV wird diesen Prozess mit weiteren Aktivitäten fördern.

PM DHV im November 2016

* * * *

Die CGM fordert das Bundesjustizministerium auf: Verschärfte das Ordnungswidrigkeiten-Recht!



Wir haben in Deutschland kein Unternehmensstrafrecht wie es andere Länder haben. Strafrechtlich können bislang nur Mitarbeiter zur Rechenschaft ge-

zogen werden. Wir müssen Unternehmen, die in illegale Praktiken verwickelt sind, einfacher rechtlich belangen können, als dies bislang der Fall ist. Deshalb plädieren wir dafür, dass Justizminister Heiko Maas das Ordnungswidrigkeiten-Recht verschärft und zusätzliche Sanktionen mit in Betracht zieht. Im Nachgang kann in aller Gründlichkeit über die Einführung eines Unternehmensstrafrechts, für das sich die Justizministerkonferenz der Länder schon lange ausspricht, diskutiert werden.

Adalbert Ewen: „Der Koalitionsvertrag sieht die Prüfung der Idee eines Unternehmensstrafrechts vor, was jedoch auf starken Widerstand aus den Reihen der Wirtschaft stößt. Wir waren die letzten Monate derart gehäuft mit unternehmerischen Fehlentwicklungen konfrontiert, dass hier die Glaubwürdigkeit unseres Landes auf dem Spiel steht. Deshalb fordert die CGM zügiges politisches Handeln in dieser Sache!

Der freie Markt ist nicht das einzige Kriterium, wenn es um Wirtschaftswachstum geht. Die VW-Krise wird derzeit erneut befeuert und die Beschäftigten bangen weiter um ihre Arbeitsplätze. Wir müssen Rechtsstaatlichkeit auch dort sichern, wo Konzerninteressen oft politischen Notwendigkeiten geopfert werden. Heiko Maas arbeitete die letzten Jahre an einer Verschärfung des Ordnungswidrigkeiten-Rechts. Dieser Weg ist gangbarer, als ein Unternehmensstrafrecht einzuführen. Wir begrüßen diesen Vorstoß und fordern ihn auf, diesen konsequent weiter zu führen und zum Abschluss zu bringen! Im Zuge dessen können Geldbußen verhängt und weitere Sanktionen, wie z.B. ein Ausschluss von Ausschreibungen, vollzogen werden!“

PM CGM im November 2016



* * * *

CGB beim Fachgespräch im Bundesinnenministerium: Beim Thema Arbeitszeit für Bundesbeamte bewegt sich was

Der derzeitige Ist - Stand benachteiligt Beamtinnen und Beamte. Die Arbeitszeit für Bundesbeamte wurde im Rahmen der Haushaltskonsolidierung auf 41 Wochenstunden hoch gesetzt. Ferner wurden bisher kaum neue Stellen geschaffen, bzw. viele nicht neu besetzt. Dies führt dazu, dass die Zahl der Überstunden enorm gestiegen ist. Besonders hart betroffen sind hier die Beamten der Bundespolizei, Soldaten und Mitarbeiter der Bundeswehr.

Kürzlich fand zur Arbeitszeit der Bundesbeamten ein Fachgespräch im Bundesinnenministerium mit allen Gewerkschaften statt. Der CGB war durch Ulrich Bösl (CGPT) und Rüdiger Laux (GÖD) vertreten.

Die CGB Vertreter sprachen sich in diesem Fachgespräch für eine schrittweise Absenkung der Wochenarbeitszeit aus sowie für moderne Arbeitszeitkonten und Langarbeitszeitkonten aus. Vor allem beim Thema Arbeitszeitkonten zeigte die Ministeriumsvertretung Bereitschaft zügig zu handeln. Diese Problematik soll als erstes angegangen werden. Es bewegt sich endlich etwas hin zum Besseren bei der Arbeitszeit der Bundesbeamtinnen und Beamte.

PM CGB im Oktober 2016

* * * *



Neuer Landesvorstand des CGB in Berlin-Brandenburg gewählt!

Auf der Tagesordnung der Landesausschusssitzung standen neben den Wahlen des Landesvorstandes auch die Berichte über die vergangene Legislaturperiode sowie eine Diskussion über die künftige Arbeit des Landesvorstandes. Gäste des Landesausschusses waren die Bundesgeschäftsführerin des CGB Anne Kiesow sowie der CGB Generalsekretär des Bundesverbandes Christian Hertzog.



Zum Vorsitzenden des Landesvorstandes wurde Wolfgang Schneider (GÖD) gewählt. Sein Stellvertreter wurde Jörg Steinbrück (DHV). Als Beisitzer/innen im Landesvorstand engagieren sich Marion Günther (GÖD), Petra Müllenbach (GÖD), Ulrich Rinnerl (CGM), Angelika Thies (DHV) sowie Michael Wolter (CGM). Kassenprüferinnen wurden Michaela Bahner (DHV) und Simone Ströhnisch (GÖD).

„Ich bin sehr gespannt auf die Herausforderungen, die dieses Amt mit sich bringen und freue mich auf die Zusammenarbeit mit den Kolleginnen und Kollegen der Schwestergewerkschaften“, so Wolfgang Schneider nach seiner Wahl. „Durch die breite fachliche sowie länderspezifische Aufstellung des neu gewählten Vorstandes können wir in den flächenmäßig nicht kleinen Bundesländern sowohl die politische als auch die gewerkschaftliche Arbeit zeitnah und kompetent wahrnehmen.“

Der CGB vertritt 14 verschiedene christliche Gewerkschaften und Verbände als Dachverband und damit rund 280.000 Mitglieder in Deutschland. Er lehnt Monopolansprüche ab und möchte die Zukunft einer durch Meinungsvielfalt geprägten Gesellschaft aus christlicher Verantwortung mitgestalten.

PM CGB im Oktober 2016

* * * *

Nachlese: Breitbandversorgung - CGPT im Gespräch mit Bundestagsabgeordneten Reinhold Sendker



Die bundesweite Breitbandversorgung war kürzlich Thema eines Gesprächs der CGPT - Christliche Gewerkschaft Postservice und Telekommunikation und der IfKom – Ingenieure für Kommunikation mit dem Bundestagsabgeordneten Reinhold Sendker.

Durch das Internet wachsen reale und virtuelle Welt immer schneller zu einem Internet der Dinge zusammen. Um die deutsche Industrie und Wirtschaft in die Lage versetzen zu können, für die Zukunft der Produktion im globalen Wettbewerb gerüstet zu sein, bedarf es nach Meinung der IfKom und der CGPT einer hohen Breitbandversorgung bundesweit.

„Im europäischen und internationalen Vergleich steht Deutschland eher im Mittelfeld, was Bandbreite und Flächendeckung mit Bandbreite betrifft“, betonte der Bundesvorsitzende der CGPT, Ulrich Bösl. Das Ziel der Bundesregierung 50MBit/sec bis 2018 wird nicht erreicht werden. Es zeigt sich im Jahresvergleich, der Zuwachs an Flächendeckung ist eher rückläufig. So lag der Zuwachs im Jahr 2014 bei 6,7% und im Jahr 2015 bei lediglich 3,7%.

„Das Ziel des Breitbandausbaus in Deutschland muss die „Glasfaser in jedes Haus und zu jedem Mobilfunkmast (4G +5G)“ sein“, unterstreicht Heinz Leymann, Bundesvorsitzender der IfKom. Das Medium Glasfaser ist quasi das Fundament für die Zukunft von Breitbandanwendungen- und Breitbandtechnologien, beispielsweise bei Industrie 4.0; M2M, Gesundheit 4.0 und Vernetzung der Maschinen sowie beim autonomen Fahren der Kraftfahrzeuge und Lastkraftwagen. Alle diese Anwendungen werden im Rahmen von „always on“ rund um die Uhr Datenströme erzeugen. Die Datenmengen, die in der Zukunft täglich über das Netz geschaufelt werden müssen, werden extrem steigen. Nur die optische Nachrichtentechnik mit der Glasfaser als „Transportautobahn“, ist in der Lage, zukünftige Bandbreitenbedarfe für den Kunden zu realisieren. Das gilt auch für den Mobilfunk: Die Funkzellen werden immer kleiner mit denkbaren Bandbreiten bei 5G von 1 GBit/sec und noch mehr. Diese Funkzellen werden über Glasfaser versorgt. „Regelungen, Regulierungsregime, Unterstützungen aus Bund, Land und EU dürfen nicht zu parallelen Infrastrukturen führen“, fordert Reinhard Genderka, Mitglied des IfKom-Bundesvorstandes. Die BNetzA muss alles dafür tun, um parallele Netze zum Kunden zu

vermeiden. Denn der Ressourceneinsatz für ein flächendeckendes Glasfasernetz ist extrem hoch. Schätzungen der Deutschen Telekom, des WIK Instituts u.a. liegen bei etwa 100 Mrd €. Für die IfKom und die CGPT ist die Versorgung aller Kabelverzweiger (ca. 340 000 in Deutschland) mit Glasfaser ein erster großer Schritt zur flächendeckenden Breitbandversorgung. Mit dieser Maßnahme kommt die Glasfaser sehr nah an die Häuser (im Durchschnitt ca. 300 m). Durch den Einbau von technischen Systemen wie VDSL, Vectoring, GFast, etc. in den Kabelverzweigern können auf den letzten Kupferabschnitten zu den Häusern 100 Mbit/sec und mehr an Übertragungsbandbreite erzielt werden. Diesem quasi Zwischenschritt zum flächendeckenden Glasfasernetz in Deutschland folgt in einem zweiten Schritt, dann aber über einen größeren Zeitraum, der Glasfaserausbau zu den Häusern. Grundsätzlich sollten in Neubaugebieten die Häuser nur noch mit Glasfaser versorgt werden. Im ländlichen Raum sollten die Kommunen die Versorgung der Häuser und der Mobilfunkmasten mit oberirdischen Glasfaserlinien verstärkt zulassen.

Die Hybridtechnologie muss weiter forciert werden. Hierbei wird die Breitbandversorgung durch gleichzeitige Nutzung von Festnetz



+ Mobilfunk in der Datenübertragungsrate verstärkt. Im Rahmen der Daseinsvorsorge sollte der Staat Breitbanderschließungen, die sich nicht wirtschaftlich darstellen lassen, weiterhin fördern, um durch Schließung der Deckungslücke einen Netzausbau zu ermöglichen. Die Bundesregierung sollte durch einen Masterplan für den Breitband- Netzausbau die Homogenität und Kompatibilität des Netzes sicherstellen.

Reinhold Sendker merkte an: „Wir haben im Januar das Bundesförderprogramm für den Breitbandausbau gestartet. Kommunen und Landkreise können damit eine Förderung für unterversorgte Gebiete erhalten. Wir nehmen Fördergelder in Höhe von 2,7 Milliarden Euro in die Hand, um ganz Deutschland mit schnellem Internet zu versorgen. Damit stärken wir insbesondere auch die Breitbandversorgung im ländlichen Raum.“

PM CGPT im Sommer 2016

Impressum

Christlicher Gewerkschaftsbund Deutschlands, Obentrautstraße 57 * 10963 Berlin
Telefon: 030/21 02 17-30
Fax: 030/21 02 17-40
E-Mail: cgb.bund@cgb.info
Internet: www.cgb.info
ViSdP: Christian Hertzog, Anne Kiesow
Redaktion: Anne Kiesow, Christian Hertzog
Layout: Michaela Bahner

Dies ist ein unentgeltlicher Informationsdienst des Christlichen Gewerkschaftsbundes Deutschlands.